

Nummer 38 / Juni 1995 / kost nix !

Offizielle Fanzeitschrift des Tuspo Rote Flora

DIE ZEITEN ÄNDERN SICH...



...auch bei uns.

DER *FrauenLesbentag im Schwarzmarkt*
HAT NEUE ÖFFNUNGSZEITEN:

ab 1. juli jeden donnerstag von 14-18.30 uhr
bei kaffee und tee mit aktuellen info`s und spannenden büchern und broschüren - nur für mädchen, frauen und lesben geöffnet !!!!!!!

also, schaut doch mal vorbei, ihr findet uns im Kleiner Schäferkamp Nr.46. nutzt und informiert euch durch und mit dem laden.



SCHÜRT DEN FRAUENLESBENZORN





Kontakt:

Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg.

Die Redaktion freut sich über die Zusendung eurer Beiträge (möglichst auf Diskette mit beiliegenden Ausdruck; Disketten können nicht zurückgegeben werden!).

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20 des Vormonats

Abos: Zeck gibt es im Forderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einen Umschlag an Zeck, Aboabteilung, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg Altere Ausgaben gibt es - soweit vorhanden - gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld)

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken

Spenden: Je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150-200 DM (pro Ausgabe!) Deswegen sind wir dringend auf eure Spenden angewiesen Wenn euch also das Erscheinen der Zeitung nicht ganz egal ist, dann laßt uns etwas zukommen! Sammelt & Spendet Geld, macht Soliparties & Konzerte

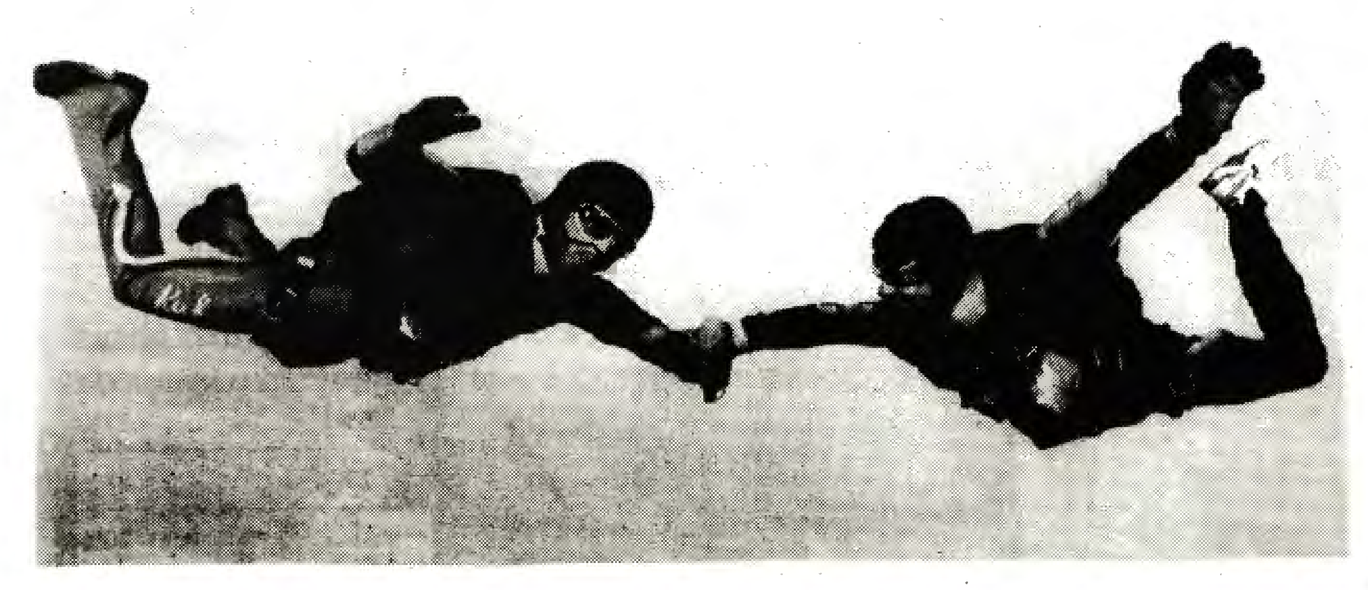
V.i.S.d.P.: Andreas Maigroff, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Im Ordner befinden sich:

Der Redebeitrag auf der Chiapas-Demo am 4.5.95 vor der Citi-Bank in Altona

Brief an den brasilianischen Gouverneur gegen die Abschiebung von Michael Gerhard Klein in die BRD (s. S. 13) auf deutsch und portugiesisch



Eine Komödie im Mai

Vorwort

Statt des üblichen Vorworts gibt's diesmal ein paar kurze Anmerkungen zu wichtigen und weniger wichtigen Ereignissen des vergangenen Monats, zumal uns ausser einem Lamento über das Ausbleiben vieler interessanter Artikel und der wieder skandalös geringen Schokoladespenden auch nix einfällt:

Tanz in den Mai

Wie ja in allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Medien zu lesen war gab es am 1. Mai zur Abwechslung auch mal in Hamburg Straßenschlacht und Barrikaden. Anlaß war die Besetzung einiger Wohnungen in der Kampstraße. Aufgrund günstiger Umstände - hier ein großes Dankeschön an die GenossInnen vom Tiefbauamt! - gelang es innerhalb kürzester Zeit auf beiden Seiten der Schanzenstraße und in der Kampstraße meterhohe Barrikaden zu errichten und damit die Kreuzung Schanzenstraße/ Bartelsstraße für einen Nachmittag und eine halbe Nacht zur staatsgewaltfreien Zone zu erklären. Vorteilhaft wirkten sich auch die offensichtlichen Probleme der Bullen aus, nach den Sondereinsätzen in Gorleben und beim bevorstehenden Besuch von Prince Charles, genügend "Einsatzkräfte" mobilisieren zu können. So herrschte dann am Nachmittag und frühen Abend ein entspannte Straßenfeststimmung. Die ungewöhnliche Situation wurde dann auch hier und dort genutzt, um die immer wieder in der Nähe auftauchenden Ziviautos auf ihre Haltbarkeit beim Zusammenprall mit kleineren Pflastersteinen zu testen und um die Barrikaden Stück für Stück bis an die Kreuzung Schulterblatt/Schanzenstraße vorzuverlegen. Nachdem im Laufe des Abends schon bei mehrere Läden mit teilweise recht hahnebüchenen Begründungen die Scheiben zu Bruch gegangen waren gelang es dann durch wiederholte Anwendung roher Gewalt in den Kassenraum der Hamburger Volksbank einzudringen, was die BILD-Zeitung am nächsten Tag zu so blöden wie falschen Schlagzeilen hinriß wie "Chaoten plünderten Bank". Damit ging dann auch der nette Teil des Abends seinem Ende entgegen und die Bullen begannen mit stoischer Beharrlichkeit Zentimeter für Zentimeter gegen die Barrikaden vorzurücken. Morgends war dann alles wieder vorbei: die besetzten Wohnungen wieder geräumt, das Lauegebäude zugeschweißt und die Barrikaden abgeräumt. Erfreulich ist allein die Tatsache, daß es bei der ganzen Aktion zu keinerlei Festnahmen kam. Nun stehen die Wohnungen in der Kampstraße 6 wieder leer und harren der Dinge, die da kommen. Ein unerfreuliches Nachspiel hatte die ganze Aktion für zwei Antifagruppen, die eine Woche später vom Hamburger Staatsschutz via Abendblatt für den Krawall verantwortlich gemacht wurden. Die Stellungnahme der Antifa Walddörfer dazu befindet auch hier im Heft.

Demo in Bühren

Aus dem vielfältigen Demoangebot um den 8. Mai wählten eine ganze Reihe diesmal die Demo am 7. Mai gegen den größten Abschiebeknast der BRD in nordrheinwestfälischen Büren. Mit 1500-1800 TeilnehmerInnen war die Demo größer als erwartet. Als beondere Schikane hatten die Bullen bei der Kundgebung am Knast den Lautsprecherwagen verboten.

Im Nachhinein war es sicher ein Felhler, nicht versucht zu haben, mit der Masse der Leute den Lautsprecherwagen doch durchzusetzen bzw. dafür zu sorgen - und da fassen wir uns auch an die eigene Nase -, daß vor dem mitten im Wald liegenden Knast eine ausreichende transportable Verstärkeranlage für die Redebeiträge und Grußadressen zur Verfügung stand. So verhallten die Redebeiträge wohl für die Gefangenen unhörbar vor den meterhohen Betonwänden des Knasts, die auch jede Kommunikation mit den Eingeknasteten unmöglich machten. Einzig die an gasgefüllten Luftballons befestigten Transparente konnten hier die Isolation ansatzweise aufbrechen. Den wirklich hervorragenden Redebeitrag der Koordination der Flüchtlingsinitiativen aus NRW auf der Abschlußkundgebung in Bühren hätten wir gerne abgedruckt, haben ihn leider aber noch nicht zugeschickt bekommen.

Keine Demo in Frankfurt

Peinlich - peinlich: Die Kurdistandemo deren Aufruf wir in der letzten Ausgabe abgedruckt haben gab es am angegebenen Termin gar nicht.

Wir sind wieder mehr!

Wie schön, daß die MitarbeiterInnen des VS so eifrig über uns Buch führen. Nach deren neuesten Bericht sind wir (die Autonomen) im letzten Jahr wieder 10 mehr geworden. Von 400 auf 410 soll sich die Zahl der militanten Autonomen erhöht haben! Hier bei der Innenrevision konnten wir das leider nicht so ganz nachvollziehen, also liebe 10 neuen GenossInnen, meldet euch bei uns und holt euch eure Mitgliedsausweise ab!



Antifa Walddörfer zum 1. Mai

Einige Tage nach den Ausschreitungen vom 1. Mai im hamburger Schanzenviertel konnte es sich das Hamburger Abendblatt (Springer) nicht verkneifen, angeregt vom Staatsschutz einen Artikel zu verbreiten, in dem SchülerInnen, die sich Antifaschisten nennen für diese verantwortlich zu machen. In diesem Zusammenhang werden die Gruppen Antifa Walddörfer und Antifa Süderelbe ganannt. Die Antifa Walddörfer wollte diesen Vorwurf nicht hinnehmen und gab dazu diese Stellungnahme ab:

Wir, die Antifa Walddörfer, widersprechen hiermit der Behauptung, wir seien eine "militante Schüler-Gruppe"
und für die Randale vom 1./2. Mai mitverantwortlich, wie in den letzten Tagen von Hamburger Medien berichtet wurde. Wir verstehen uns als eine politische Gruppe, die über aktuelle
und grundsätzliche politische Themen diskutiert und die sich als eines ihrer Ziele setzt, die Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit, in Form von Veranstaltungen, Büchertischen und Flugblättern, zu informieren und zum Nachdenken und Diskutieren anzuregen. Unserer Meinung nach ist der Leerstand von Wohnraum ein unhaltbarer Zustand und wir unterstützen es, daß sich Menschen leerstehenden Wohnraum nehmen und diesen nutzen (z.B. als Volxküche, Infocafe, als Anlaufstelle für Obdachlose oder als Wohnung). Wir lehnen jedoch gewalttätige Aktionen, wie die am 1. Mai aufgetretenen Plünderungen, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen, grundsätzlich ab! Verantworlich für Aktionen gegen den Leerstand sind aber in unseren Augen die, die den Wohnraum für lange Zeit leerstehen lassen.
Wir sehen den Artikel im Hamburger Abendblatt vom 10.05.1995 sowie andere Berichte in den Medien, im Zusammenhang einer ständigen Kriminalisierung und Diffamierung von AntifaschistInnen, wie sie bundesweit betrieben wird. Diese negative Berichterstattung ohne Grundlagen verurteilen wir .
Antifa Walddörfer c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

§ 129 gegen Antifa (M) GSA Celle unter Druck

Das Oberlandesgericht (OLG) Celle sieht sich derzeit nicht in der Lage, über die Eröffnung eines Prozesses gegen die Autonome Antifa (M) zu entscheiden.
Nach vierjähriger Ermittlungstätigkeit klagte die Generalstaatsanwaltschaft (GSA) Celle am 13. Februar 1995 17 Personen an, denen sie "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129)" namens Autonome Antifa (M) vorwarf.
115 Aktenordner wurden von der GSA gefüllt und dem OLG vorgelegt. Darin sind sämtliche Publikationen und Aktionen der Autonomen Antifa (M), 13929 abgehörte Telefongespräche, eine vierjährige Observationstätigkeit, kriminaltechnische Untersuchungen zu Plakaten usw. dokumentiert.
Hauptanklagepunkt sind 12 antifaschistische Demonstrationen in Südniedersachsen, zu denen die Autonome Antifa (M) (mit)aufgerufen hat. Die GSA konstruiert die Existenz einer "kriminellen Vereinigung" u.a. mit Nötigung der Polizei auf Demonstrationen.
Nach Studium der Presse fiel dem OLG Celle auf, daß eine "Deeskalationsstrategie" in Göttingen existiere, in den umfangreichen Akten der GSA dazu allerdings nichts Erläuterndes nachzulesen sei. Deshalb wandte sich das OLG letzte Woche an das niedersächsische Innenministerium, um zu erfahren, ob eine "Deeskalationsstrategie" überhaupt existiere und wie diese sich entwickelt habe.
Dieses Vorgehen des OLG macht zweierlei klar: die Anklage der GSA steht auf wackligen Beinen, ihr umfangreiches Aktenmaterial ist für die gerichtliche Entscheidung über die Eröffnung eines Prozesses untauglich. Durch die Einschaltung des Innenministeriums durch ein Oberlandesgericht wird der politische Charakter der Anklage offiziell eingestanden.

Über die Eröffnung der Hauptverhandlung will das OLG Mitte Juni 1995 entscheiden.

aus der Presseerklärung der Autonomen Antifa (M),

Göttingen, 22. Mai 1995

ERSTE HILFE-SANI-AUSBILDUNG

am Sonntag, dem 28.5. und Sonntag, dem 11.6. (identischer Inhalt) jeweils um 11 Uhr in der Jugendumweltprojekt-Werkstatt (JUMP), Gaußstraße 25. Erst Frühstück (müßt ihr mitbringen), dann:
1. Ursachen und Arten von Verletzungen
2. Erkennen (Diagnostik) von Schwere und Behandlungsbedürftigkeit von Verletzungen (ÄrztIn-Krankenhaus)
3. Behandlung von Verletzungen
4. Kopfverletzungen, Diagnostik, Bewußtlosigkeit
5. Augenverletzungen, Augenspülung
6. Material für Sanis

Die Gruppen sollten aus 6-20 Personen bestehen. Sagt jeweils Montags zwischen 19 und 21 Uhr in der Volxkücke der Flora Bescheid, mit wievielen ihr teilnehmen wollt!
Kostet fast nichts!

Grußadresse an die hungerstreikenden Frauen im Knast in Diyabakir

Wir sind ein Plenum von verschiedenen internationalistischen feministischen FrauenLesbengruppen in Hamburg/BRD.
Wir haben von Eurem Hungerstreik erfahren und schicken Euch unsere ganze Liebe und Solidarität. Wir unterstützen Euren Kampf gegen Vergewaltigung und Folter im Knast und gegen das "Verschwindenlassen". Wir erklären uns solidarisch mit dem kurdischen Befreiungskampf und besonders mit den kämpfenden Frauen in Kurdistan (TAJK).
Nur im gemeinsamen Kampf über alle Grenzen hinweg werden wir Frauen uns unsere Zukunft erobern!

Ende des Abschiebestops!

Am 12.6. läuft der generelle Abschiebestop für KurdInnen in der BRD ab! Von diesem Zeitpunkt an muß mit massiven Abschiebungen in die Türkei gerechnet werden.

Zum Titelblatt von Zeck Nr. 37

Das letzte Titelblatt fand ich ziemlich daneben. PolitikerInnen zur Fahndung mit Steckbrieffotos auszuschreiben nach dem Motto *"dies sind die Verbre-cherInnen"* ist als Motiv nicht gerade lustig, aber ja schon seit langem beliebt. Meine Frage ist aber, was die Pistole über den Köpfen ausdrücken soll. Das die abgebildeten Herren bewaffnet sind? Von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch machen? Oder, symbolisiert durch den Stern auf der Waffe, handelt es sich bei der Hand um die einer/s RevolutionärIn und der Blick auf die Pistole ist der Blick von Kanther, wenn es an seiner Haustür klingelt? Oder ist es als Piktogramm zu verstehen: Bei Festnahme sofort zu er-schießen? Vollends unverständlich wird es mit dem Satz "Abschiebung ist tödlich", der schräg an die Seite gedruckt ist. Sind die vier von Abschiebung bedroht? Wird ihre Verantwortung für Abschiebungen zu ihrem Tod führen, im Sinne einer irgendwann kommenden Gerechtigkeit, vollzogen durch den bewaffneten revolutionären Arm, der die Guten von den Bösen trennt?
Im Großen und Ganzen mehr Fragen als Antworten. Meine Befürchtung ist, daß die Waffe eben im Sinne einer Strafe gemeint ist. Meine Kritik ist dabei nicht die ausgedrückte Möglichkeit, Verant-wortliche auch militant anzugreifen, son-dern die billige Umsetzung. Letztlich ist es nur Verbal- bzw. Bildradikalismus, die vom Titelblatt vermittelt wird. Billig, da die Möglichkeit von Militanz nicht als das thematisiert wird, was es sein sollte, näm-lich ein Prozeß von Verantwortung, Ge-nauigkeit und ständigem Hinterfragen der Methoden. Da dieses auf einem Titelblatt aber kaum möglich ist, sollte es lieber ge-lassen werden (Außer, das Titelblatt ist als Zielvorgabe an die AIZ gedacht). Effekt-hascherei paßt sicher zu der verbreiteten autonomen Selbstüberschätzung. Ich finds einfach blöd.
Bei der Gelegenheit noch ein paar Worte zu der autonomen Layout-Praxis, wie sie von den meisten Scene-Zeitungen prak-tiziert wird. Ich finde es auffällig, daß die Bilder in der Regel keinen Bezug zu den abgedruckten Texten haben, sondern sie aus ihrem realen Kontext herausgerissen und mit neuem Sinn versehen werden. Das führt dann zu solchen Peinlichkeiten wie bei der Interim, die eine gezeichnete Frau, mit erhobenem Arm und dem Spruch "We can do it" als Titelblatt neh-men, welches sich später als Mobi-lisierungposter für die amerikanische Hei-matfront im Zweiten Weltkrieg herausstellte. Die meisten Fotos in den Zei-tungen scheinen auch aus den 20er und 50er Jahren zu stammen, also möglichst weit weg von der Realität. Scheinbar lassen sich "lustige" Motive eher mit Fotos herstellen, die Personen, Zeiten und Situationen verklären. Auch ein Ausdruck von Realitätsferne.
Ich fände es für die Zeck gut, wenn Foto und Text öfters mal in einen Zusam-menhang gebracht werden, z.B. durch Bildunterschriften, die Bilder mehr eine Realität zeigen (so wie bei den Artikeln zu Abschiebeknästen) und nicht krampfhaft versuchen, irgendwelche Analogien zu ziehen (wie bei der Kurzmeldung zu der Chiapas-Demo und den stühletragenden Soldaten).

viele Grüße, ein aufmerksamer Leser

Sommercamp der Anarchistischen Föderation Hamburgs von Samstag den 22. bis Sonntag den 30. Juli

Nachdem es uns endlich gelungen ist, ein geeignetes Gelände zu finden, sind wir nun in der Lage, Euch genauere Infos zu schicken. Das Camp wird auf einem Platz direkt zwischen der Elbe und dem Hohedeicher Badesee in dem im Südosten Hamburgs liegendem Vierlande stattfinden. Wir haben das Gelände komplett für uns reserviert.
Das Camp ist in erster Linie zum gemeinsamen Urlaub-machen und zum gegenseitigen Kennenlernen gedacht. JedeR kann für sich selbst entscheiden, ob sie/er wegen der angebotenen AG´s, Seminare und Diskussionen zum Camp kommt oder einfach nur so.
Es werden GenossInnen aus verschiedensten anarchistischen Gruppen und Organisationen aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet sowie aus einigen Nachbarländern da sein. Dadurch wird dieses Treffen zu einer guten Möglichkeit, sich auszutauschen, Anregungen zu bekommen und sich zu orgganisieren/vernetzen.
Wenn jemand von Euch noch AG's, Seminare, Diskussionen oder ähnliches vorbereiten möchte, so möge sie/er sich bitte schon jetzt mit uns in Verbindung setzen. Bis jetzt sind u.a. geplant:
- AG Anarchismus & Ökologie
- AG Anarchafeminismus
- AG "Neue Wege anarchistischer Politik"
- AG Organisation
- AG Anarchistischer Antifaschismus
- Anarchistisches Live-Rollenspiel

Anmeldung: Wir bitten Euch um möglichst frühzeitige und verbindliche Anmeldung bis spätestens zum 1. Juli. Ein schnelles Anmelden ist auch in eurem Interesse, da das Gelände nur Platz für 200 von uns bietet (bisher sind wir ca. 75). Ab dieser Zahl können wir keine weiteren Anmeldunggen annehmen.
Kosten: Das Camp wird wegen der Anmietung eines privaten Geländes ziemlich billig. Inklusive Essen kostet es für :
- SchülerInnen 100 DM, Arbeitslose, Azubis, Studis 110 DM und für Vollverdiener mind. 150 DM. Bringt das Geld bitte mit und zahlt bei eurer Ankunft.

Was ist mitzubringen? Zelt, Isomatte, Schlafsack, Besteck, Geschirr, und wenn möglich Infomaterial und Musikinstrumente.
Was kommt nicht mit aufs Camp? Drogen, Parteipropaganda, Häkeldeckchen und Leberwurst.
Wie hinkommen? Bahn und Bus:
Mit der Bahn bis HH-Hauptbahnhof, von dort aus mit der Buslinie 120 (von 6.04 Uhr bis 23.03 Uhr stündlich) bis zur Station Overhaken (42 Minuten). Dort seht ihr sicher schwarz-rote Fahnen auf dem Deich.
Mit dem Auto: Ausfahrt 34 der A1 (ASS Hamburg-Moorfleet) raus, dann die erste Straße links (Brennerhof), immer geradeaus (recht weit) bis zur Elbe, dann links in den Spadenländer Hauptdeich, immer an der Elbe entlang, bis hinter den Hafen Oortkaten. Dort seht ihr dann bald auf dem Deich unsere Schwarz-roten Fahnen. Dahinter ist das Camp. Die Straße heißt Overwerder Hauptdeich.
Anmeldung und weitere Infos bei:
VORSICHT: NEUE ADRESSE
AFH c/o Libertäres Zentrum, Karolinenstraße 21, Haus 2, 20357 Hamburg
Bis dahin Gesundheit und Anarchie wünscht euch die AFH

FrauenLesben Frühstück
in der Chemnitzstraße 3
am 11. Juni und dann jeden
2.Sonntag
ab 11 Uhr

Diskussion über die Bedeutung des Verfahrens gegen Gary Lauck und die NSDAP/AO

Der 41jährige Gary Lauck aus Lincoln/Nebraska (USA) ist seit Anfang der siebziger Jahre in neonazistische Aktivitäten verstrickt. 1973 knüpft er Kontakt zu deutschen Neonazis, 1974 tritt er in der BRD erstmals auf. Bei einem Vortrag in Hamburg "Warum Adolf Hitler in den USA immer noch populär ist" wird er festgenommen, ausgewiesen und mit einem Einreiseverbot für die BRD belegt. Das hindert ihn nicht daran, intensiven Kontakt mit europäischen, v.a. deutschen Neonazis zu halten. Er wird Vorsitzender der NSDAP/AO und mit seiner Anschrift in den USA Verteiler für faschistische Propaganda. Der von ihm herausgegebene "NS-Kampfruf" ist die Zeitung, die von allen Neonazis, unabhängig von ihren Organisationsstreitigkeiten, gelesen wird.
Seit 1982 ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn, konnte und wollte aber bisher noch nicht gegen die Struktur der illegalen NSDAP/AO in der BRD vorgehen. Bei den am 23.März 95 durchgeführten 84 Hausdurchsuchungen in der BRD traf es auch "nur" 16-20jährige Mitläufer. Die eigentliche NSDAP/AO-Struktur in der BRD wurde nicht angetastet...
Das Amtsgericht Hamburg erließ am 6.3.95 internationalen Haftbefehl gegen Gary Lauck, seit dem 15.3. sitzt er in Dänemark in Auslieferungshaft. Falls dem Auslieferungsantrag der Staatsanwaltschaft Hamburg stattgegeben wird (und bisher sieht alles danach aus, d.Red.), wird Gary Lauck höchstwahrscheinlich im UG Holstenglacis auf seinen Prozeß warten.
Erwartet uns dann ein neuer "Bewegungsprozeß" wie in Stuttgart gegen die ANS-Nachfolgeorganisationen, wo bei jeder Gerichtsverhandlung 20-40 Neonazi-Kader das Gericht als Propagandafläche nutzten? Wird Gary Lauck zum Märtyrer stilisiert? Werden wir mit Solidaritätskundgebungen namhafter Nazis vor dem UG konfrontiert werden?
Was ist die Rolle des neuen Deutschlands im Prozeß gegen die NSDAP/AO? Wird es ihn als antifaschistisches Feigenblatt benutzen, ohne die wahren Strukturen der NSDAP/AO offenzulegen, mit all den Verstrickungen zwischen Neonazis-Geheimdiensten-Bullen?
Wir wollen jetzt schon Überlegungen zu antifaschistischer Gegenöffentlichkeit und Aktionen zu erwarteten Neonazi-Aktivitäten anstellen, um nicht von den zuu erwarteten Ereignissen überrollt zu werden

Infoveranstaltung im AntifaCafe Chemnitzstraße am 23.6. 20 Uhr
autonome antifaschistische Gruppen

Autonomie-Kongreß

Auf einer Fortsetzung des hamburgweiten Kongreß-Nachbereitungstreffens am 19.5. wollen wir am 18.6. über das Papier der Hamburger Vorbereitungsgruppe ("das Männerpapier"), auch vor dem Hintergrund des Hamburger Frauenpapieres, reden. Ort und Zeit stehen noch nicht fest.

Der EA Bremen informiert:

Der Bremer EA ist ab dem 3. Mai jeden Mittwoch zwischen 17.00 und 19.00 Uhr unter der Nummer 0421/75682 telefonisch im Infoladen Umschlagplatz zu erreichen. Wenn ihr uns ganz dringend sprechen wollt, dann ruft da an. Besser ist jedoch, wenn ihr uns alles schriftlich mitteilt.
Wir gehen davon aus, daß in den nächsten Wochen die ersten Prozesse laufen werden. Wenn sich was tut, werden wir euch selbstverständlich unterrichten.
Wichtig wäre für uns, wenn wir einen Überblick bekämen, wieviele Leute genau Widerspruch gegen die Ordnungswidrigkeit eingelegt haben. Wir bitten euch deshalb, uns darüber zu informieren.
EA Bremen
St. Pauli-Str. 10-12
28203 Bremen
Tel.: (Mittwochs 17.00 - 19.00 Uhr) 0421/75682

Festnahme in Berlin

Seit dem 19.5.95 sitzt in Berlin eine Frau in Untersuchungshaft, der von der Bundesanwaltschaft unterstellt wird, an der verhinderten Abschiebeknast-Sprengung in Berlin-Grünau am 11. April 95 beteiligt gewesen zu sein. Sie hatte sich am 12. April den Bullen gestellt, nachdem Fahndungsfotos von ihr veröffentlicht worden waren. Nach einer polizeilichen Vernehmung wurde sie damals wieder freigelassen. Am 18.5. nun mußte sie sich einer Gegenüberstellung unterziehen, bei der ein angeblicher Zeuge sie als eine Frau wiedererkannt haben will, die sich vor Monaten in der Nähe des Abschiebeknastes aufgehalten haben soll. Daraufhin wurde am folgenden Tag Untersuchungshaft gegen sie angeordnet, seitdem sitzt sie im Frauenknast Plötzensee.
Veröffentlichungen des Berliner Ermittlungsausschusses zufolge wurden Bullen und Staatsschutz schon unmittelbar nach Verhinderung des Anschlages aktiv. Am 11. April stürmten maskierte und bewaffnete Bullen zwei Wohnungen in der Reichenberger Straße und sperrten das gesamte Hinterhaus ab. Erst kurz vor Ende der Durchsuchung durfte eine Nachbarin die Wohnungen besichtigen, anwesende Anwälte wurden nicht in die Räume gelassen. Mit gezogenen Knarren drangen die Schergen in ein Hausprojekt in der Manteuffelstraße ein. Am selben Tag wurden zwei Männer gewaltsam auf die Polizeiwache verschleppt und verhört, obwohl ihnen nichts von den Bullen angelastet werden konnte. Gleich fünf Tage verbrachten die Ermittler mit dem auf-den-Kopf-stellen eines Hofes im Berliner Umland, auf dem sich die drei per Haftbefehl Gesuchten öfter aufgehalten haben sollen.
Quelle: Junge Welt 23.5.

Wir wünschen den Gesuchten viel Glück!! Auf daß sie euch nie kriegen!
Und für alle anderen: Kein Gequatsche, kein Getratsche!!

Polizeiaktion gegen die "Alternative" in Lübeck

Mittwoch, 3.5.95, kurz nach 14 Uhr: Mehrere Mannschaftswagen fahren vor der Alternative auf. Die Polizisten stürmen auf das Gelände, knacken Schlösser und treten Türen ein. Sie beginnen, alle Räume zu durchwühlen - egal ob es sich um Proberäume von Musikgruppen oder die Büros politischer Initiativen handelt. Der angerichtete Schaden beträgt mehrere tausend Mark. Der lächerliche Anlaß für die martialische Aktion: Eine künstlerische Installation von drei Kreuzen auf dem Dach des Kommunikationszentrums sei eine "Beschimpfung von Religionsgemeinschaften".

Das Kunstobjekt

Am 1. Mai hatte im Rahmen des Mai-Festes der Alternative ein Künstler auf dem Dach des Vorderhauses eine Skulptur enthüllt, die in Anlehnung an die Golgatha-Szenerie drei Kreuze darstellte. An dem mittleren Kreuz befand sich eine Jesusfigur, die in Richtung der Musik- und Kongreßhalle (MuK) urinierte - Sinnbild für die Ablehnung von Geld, Luxus und protziger Kulturpaläste. An dem linken Kreuz hing das Skelett eines Soldaten, der noch im Tod für Volk und Vaterland jubelt - Sinnbild für die Ablehnung des Krieges und der faschistischen Diktatur. Am dritten Kreuz war eine "7" befestigt für den Widerstand gegen Gewaltherrschaft in Anlehnung an den Roman "das siebte Kreuz" von Anna Seghers. Diese Darstellung beabsichtigte nie, die religiösen Gefühle von Menschen zu verletzen und konnte - wenn auch in provokatorischer Form - von allen, die geneigt sind, sich mit Kunst zu beschäftigen, als politisches Kunstwerk verstanden werden.



Die Durchsuchung

Bereits am 1. und 2. Mai wurde die Alternative den ganzen Tag über von Lübecker Zivilbullen observiert, sowie von uniformierten Bullen fotografiert. Nach zwei Tagen, am 3. Mai, fuhren um 14 Uhr eine Hundertschaft Eutiner Bereitschaftspolizei, eine Hundestaffel, die EGSK (Sondergruppe zur Bekämpfung von Jugend- und Bandenkriminalität), Zivil- sowie Streifenbeamte vor dem Hauptgebäude der Alternative vor. Binnen kurzer Zeit war das gesamte Gelände (einschließlich Bauwagenplatz) von Polizei umstellt, der Innenhof und die Bauwagenburg von Polizei und Hunden besetzt. Niemand kam heraus



oder herein. Die extrem gut ausgerüstete Bereitschaftspolizei (kugelsichere Westen sowie Helme) stürmte mit Leitern das Dach und drang vom Hof aus in das Hauptgebäude ein. Die Kreuze wurden sorgfältig demontiert, an ihnen und einer ebenfalls auf dem Dach stehenden leeren Bierdose wurden Fingerabdrücke genommen. Die Gebäude der Alternative wurden restlos durchsucht. Sämtliche Räume, die Bauwagen, die Freiflächen und die Wegeverbindungen wurden von zwei Dokumentationseinheiten fotografiert, auf Video abgelichtet sowie penibel skizziert (welche Gruppe nutzt welchen Raum, wo steht was). Eine Person, die den Ablauf der Durchsuchung fotografierte, wurde von der EGSK abgeführt und die Personalien wurden festgestellt. In einer der Vereinskneipen wurde ein Gurt mit angeblich scharfer 9mm-Munition und in einem Musikübungsraum eine noch original verpackte Zwille gefunden. Insgesamt wurde während der Aktion ein 7,5t-LKW mit Material beschlagnahmt (darunter vier Einkaufswagen, die drei Kreuze, Farbreste, ein Fahrrad,...).
Nach zwei Stunden war der Spuk vorbei, die Polizei und der LKW fuhren vondannen.

Die Kette der Repressionen

Als juristische Begründung für diesen Überfall auf die Alternative mußte der _166 StGB "Störung des Religionsfriedens" herhalten, was aber nur als vorgeschobener Grund angesehen werden kann. Der wahre Hintergrund ist wohl die Absicht, eine ausführliche Dokumentation der Räumlichkeiten der Alternative zu erstellen sowie die Kriminalisierung des Projektes und der antifaschistischen Aktivitäten, die von hier ausgehen (u.a. hat das Lübecker Bündnis gegen Rassismus hier seine Räumlichkeiten).
In den letzten Monaten haben sich die repressiven Maßnahmen gegen die Alternative gehäuft:

- Einschüchterungsversuche durch die politische Polizei gegen einen jungen Antifa, der auf der Walli gewohnt hat
- das Lübecker Bündnis bekommt seit weit über einem Jahr keinen Büchertisch in der Lübecker Innenstadt genehmigt
- Anzeigen wegen wilden Plakatierens gegen die Alternative
- Innerhalb der letzten Monate wurde die Alternative vier Mal von Polizei umstellt und teilweise durchsucht.



Im Nachhinein wurde aus Polizeikreisen bekannt, daß polizeiintern als "vorgeschobener" Grund die Beschlagnahme der Kreuze diente, der Hintergrund aber war, daß auf dem Gelände angeblich eine bei der Polizei seit längerem verschwundene Maschinenpistole liegen solle (daher auch das martialische Auftreten mit kugelsicheren Westen und anderem Beikram).
Dies alles kann nur bedeuten:

- Die Staatsanwaltschaft hat zur Genehmigung der Geländedurchsuchung die drei Kreuze serviert bekommen
- Die Polizeikräfte haben als Grund (und Anreiz) die "verlorene MP" bekommen
- und im Hintergrund hat irgendeine Abteilung die detaillierten Aufzeichnungen, den Aufbau des Bauwaggenprojektes, personelle Zusammenhänge der Alternative usw. usw. bekommen....

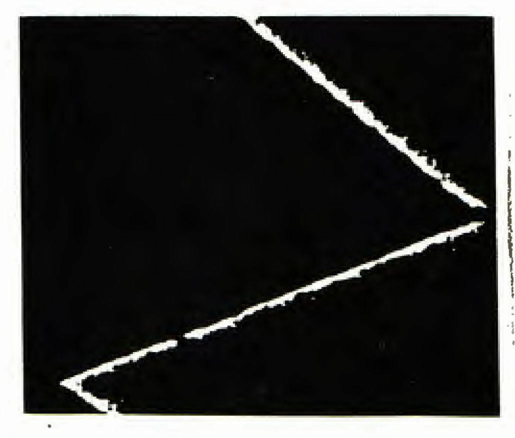
Presseerklärung des Rom e.V. Köln

Wie vor 50 Jahren...

150 Polizisten umstellen Romawohnheime und verschleppen Romafrauen zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung

Köln, den 13.4.95, Gründonnerstag: Um 6 Uhr morgens umstellen ca. 150 Polizisten die vier Baracken des Asylheims im Poller Holzweg in Köln. Sie stürmen in die Flure, verschaffen sich brutal Zugang zu den Räumen und reißen die dort lebenden Romafamilien aus dem Schlaf. Alle Romafrauen im gebärfähigen Alter werden von ihren Familien getrennt und aus den Zimmern abgeführt. Sie können sich noch nicht einmal richtig ankleiden bzw. waschen. Auf die Toilette dürfen die Frauen nur mit Bewachung und müssen bei offener Tür ihre Notdurft verrichten. Es spielen sich verzweifelte Szenen ab, weil die Familien, insbesondere die Kinder, davon ausgehen, daß ihre Mütter jetzt nach Bosnien, von wo die Mehrzahl der Familien stammt, abgeschoben werden. Alle Räume der Familien werden durchsucht, Männer und Kinder dürfen nicht auf die Flure hinaus.

39 Frauen werden zu bereitstehenden Polizeibussen geführt und gegen 8 Uhr zum Polizeipräsidium Waidmarkt gebracht. Die Busse werden im Innenhof geparkt, die Frauen müssen vier Stunden in den Bussen verbringen, ohne Essen und Trinken. Mehrere Babys sind dabei, die ständig weinen und nicht zu beruhigen sind. Nach und nach werden die Frauen aus den Bussen ins Präsidium geführt. Bei allen wird Blut entnommen, sie werden fotografiert und Fingerabdrücke werden abgenommen. Vier der Frauen werden in die Uni-Klinik gebracht und dort gynäkologisch untersucht. Gegen 12 Uhr werden die Frauen in Bussen zum Flüchtlingsheim zurückgefahren. Die Mitarbeiterinnen unseres Vereins stellen fest, daß die Mehrzahl der Frauen noch unter Schock steht und die männlichen Verwandten außer sich sind vor Empörung über das Verhalten der Polizei.



Der Rom e.V. stellt zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen der Kölner Staatsanwaltschaft und Polizei folgendes fest:

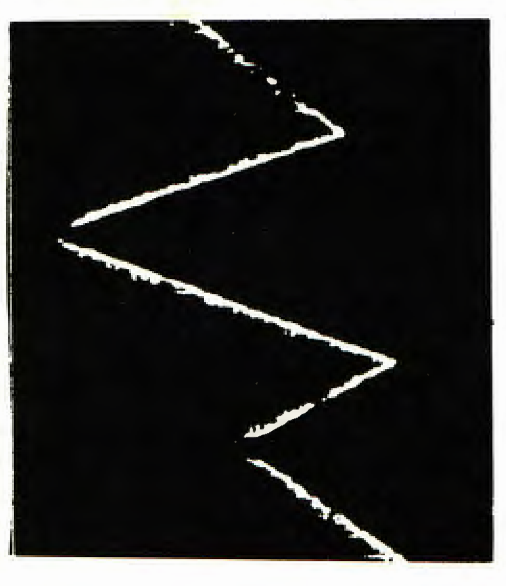
1. Die Razzia auf einen ganzen Wohnblock erfolgte aufgrund eines einzigen Hinweises "aus der Bevölkerung". Statt sich an rechtsstaatliche Ermittlungspraxis zu halten, werden Menschen einer Minderheit kollektiv verdächtigt und mittels eines polizeilichen Überfalls verschleppt. Ältere Angehörige von Romafamilien, die noch am Sonntag an der Gedenkfeier im KZ Buchenwald teilgenommen hatten, fühlten sich an Überfälle deutscher Wehrmacht und Polizei auf ihre Dörfer während der deutschen Besatzung erinnert.

2. Die durch das massive Polizeiaufgebot eingeschüchterten Frauen ließen sich weinend abführen, ohne daß sie bis zum Schluß überhaupt verstanden, warum diese Aktion stattfand. Insbesondere war ihnen nicht klar, daß sie in den Kreis der Tatverdächtigen für einen versuchten Kindesmord eingeordnet wurden (Anm.d.Red.: Anlaß der Razzia war ein am 8.4. an einem Feldweg ausgesetztes neugeborenes Kind sowie die Aussage eines Zeugen, die Mutter sei vermutlich unter den Roma-Flüchtlingsfrauen zu suchen. Oberstaatsanwalt Utermann: "Von der Klinik haben wir erfahren, daß das Findelkind eine Pigmentierung aufweist, die man verstärkt bei Sinti und Roma findet." Das Kind ist im übrigen wohlauf.) Eine für sie verständliche Übersetzung des Amtsgerichtsbeschlusses kam nicht zustande. Auf diese Weise wurde den Familien von vornherein die Möglichkeit genommen, sich gegen diese willkührlichen Maßnahmen, z.B. durch Verständigung von Freundinnen des Rom e.V. und den ihnen bekannten Rechtsanwälten zu wehren.

3. Die Willkürlichkeit und offene Rechtswidrigkeit des Einsatzes wird v.a. daran deutlich, daß Frauen abgeführt wurden, die von vornherein und offensichtlich überhaupt nicht als Tatverdächtige in Frage kommen konnten. Unter den Abgeführten befanden sich mehrere Mädchen im Alter von 12 bis 15 Jahren. Frauen, die erst am Tag zuvor zu Besuch gekommen waren, außerdem Mütter mit wenige Wochen alten Säuglingen und schwangere Frauen. Die notwendige Einwilligung der Eltern für Blutentnahme und gynäkologische Untersuchung für die minderjährigen Mädchen wurde selbstverständlich nicht eingeholt.

4. Die Polizei nahm auch keinerlei Rücksicht darauf, daß mehrere Personen akut krank waren. Einer schwer kranken Frau z.B., die sich weigerte mitzukommen, drohte sie damit, daß man andernfalls ihren Mann, der zwei Herzinfarkte hinter sich hat, festnehmen würde.

Wir stellen fest, daß das Vorgehen der Kölner Staatsanwaltschaft und Polizei nicht nur wie üblich bei Maßnahmen gegen Roma



keinerlei Verhältnismäßigkeit der Mittel besitzt, sondern daß es sich in diesem Fall um eine eindeutig rechtswidrige Maßnahme und darüber hinaus um ein rassistisches Vorgehen handelt.

Keine einzige Bevölkerungsgruppe, geschweige denn ganze Wohnblöcke in dieser Stadt, würden derart kollektiv verdächtigt und überfallen, wenn es sich um vergleichbare Ermittlungen handelte.

Vor dem Hintergrund der betroffenheitstriefenden Erklärungen deutscher Politiker und Behörden zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist dieses Vorgehen nicht nur zynisch, sondern beweist erneut, daß die deutsche Justiz und Polizei nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt haben. Was soll es eigentlich, wenn der Polizeipräsident noch vor einem dreiviertel Jahr vor dem Präsidium eine Gedenkspur zur Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung der Roma im Beisein der Presse als "Mahnung auch für die Polizei" würdigte?

Köln, den 13. April 1995

(Text von der Redaktion geringfügig gekürzt)

KEIN KONZERT

STELLUNGNAHME ZUM GEPLANTEN HEITER BIS WOLKIG KONZERT UND DEM ST. PAULI FANLADEN

MIT SEXISTEN UND VERGEWALTIGERN

Am 9. Juni 95 soll in HH Eppendorf, Sportplatz Corveystraße, ein Openair Konzert u.a. mit der Gruppe »Heiter bis Wolkig« stattfinden. Das Konzert steht unter dem Motto »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« und wird auf dem Plakat als »10 % political correct« angekündigt. Als einzige Kartenvorverkaufsstelle ist der St. Pauli Fanladen, Thadenstr. 94, Hamburg, angegeben. Deshalb müssen wir davon ausgehen, daß zumindest Teile des Fanladens an der Vorbereitung dieses Konzerts beteiligt sind.

Zur Erinnerung, noch einmal die Chronologie der Ereignisse:

- am 7.2.94 findet in der Flora ein Konzert von HbW statt, das von Leuten, die die Darstellungen der Gruppe auf der Bühne für sich als unerträglich empfinden, gestört und letztendlich abgebrochen wird. Das Publikum reagiert mit reaktionärem, ultrasexisitischem und bedrohlichem Gegröle. HbW verhält sich dazu nicht (»... wir sind doch nicht für unser Publikum verantwortlich«).
- es erscheinen zwei kleine Artikel im Übersteiger, die sich über das »feministische Zensurkommando« empören und sich über deren angebliche Humorlosigkeit lustig machen. (»Schließt euch ein, diskutiert euch tot, aber bloß nicht lachen dabei!«)
- ein »feministisches Zensurkommando« schmeißt einen Beutel mit Buttersäure in den Fanladen und plakatiert dessen Außenfassade; es reagiert damit auf die beiden diffamierenden Artikel des Übersteigers.
- derweil laufen bundesweit Aktionen gegen Auftritte von Heiter bis Wolkig.
- Mitte Mai wird das HbW Mitglied Michael von einem Paderborner FrauenLesbenzusammenhang als Vergewaltiger öffentlich gemacht.
- Ende Mai beschließt der Fanladen/Übersteiger ein Konzert für den Übersteiger mit »Heiter bis Wolkig« für den 6.9.94.
- während der ganzen Monate läuft eine schriftliche Auseinandersetzung in der Zeck und im Übersteiger über Hbw, Fanladen, Buttersäureaktion, Vergewaltigung etc.
- am 25.6.94 erscheint das Papier des Vergewaltigers Michael von HbW
- am 27.6.94 findet ein Gespräch zwischen Männern des Fanladens und des Flora Männerplenums und anderer Männer statt.
- schließlich sagt der Fanladen am 14.7.94 das geplante Konzert mit HbW ab.
- in einer Kölner Stadtzeitung droht Michael der vergewaltigten Frau mit einer Anzeige, falls sie die Anschuldigungen gegen ihn öffentlich wiederholt.
- im März/April 1995 tauchen erneut Plakate auf, in denen ein Konzert mit »Heiter bis Wolkig«, sowie den ebenfalls als sexistisch bekannten Bands »Terrorgruppe« und »Kassirer« für den 9.6.95 angekündigt wird. Einzige Kartenvorverkaufsstelle: Fanladen!

Die zentrale Kritik an HbW war, daß sie sich mit den Vorwürfen zu ihrem Programm nicht ernsthaft auseinandergesetzt haben, genausowenig mit der Tatsache, daß ein Mitglied der Gruppe ein Vergewaltiger ist. Diese Kritik besteht nicht nur bis heute, sondern hat sich durch das unakzeptable Verhalten der Gruppe (mit Ausnahme eines Mitglieds, das HbW verlassen hat) bestätigt. Mit dieser Kritik wurden die Männer vom Übersteiger in der Diskussion von Juni 94 konfrontiert. Damals wurde dieses Gespräch von den beteiligten Männern des Flora Männerplenums und weiteren Männern als konstruktiv und trotz z.T. heftiger Kontroversen als positiv empfunden, weil die inhaltliche Kritik von zumindest einigen der Übersteiger-Männer scheinbar angenommen und das geplante Konzert mit HbW abgesagt wurde.

Die erneute Beteiligung des Fanladens beim geplanten Auftritt von HbW zeigt aber, daß die Diskussion von ihnen allein unter taktischen Gesichtspunkten geführt wurde.

Aus Anlaß des erneut geplanten Konzerts gab es am Sonntag den 14. Mai 95 ein Mobilisierungstreffen gegen dieses Vorhaben, wo überraschenderweise außer dem Veranstalter des Konzerts ca. 30 bierseelige St. Pauli Fans und Mitglieder des Fanladens auftauchten. Wir wollen Inhalt und Verlauf dieses Treffens hier schildern, weil es klar macht, auf welcher Ebene die Konfrontation inzwischen läuft.

Das Gespräch verlief von Anfang an in einer aggressiven Stimmung, wobei sie die KritikerInnen immer wieder als »linksfaschistische SpaßverderberInnen« darstellten, die sich in ihre Flora (wo auch sonst?) einschließen und darüber brüten, wie sie den Rest der Menschheit »gleichmachen und auf ihre Linie bringen« könnten. Sich selber verstehen sie aber als weltoffene und lebenslustige AntifaschistInnen, die sich gegen dieses Diktat wehren müssen. Dies ist keine Polemik; so billig das klingt, so platt war es auch!
Sie halten

- die Auseinandersetzung von HbW mit ihrem Programm für ausreichend
- das Bandmitglied Michael nicht für einen Vergewaltiger und
- die Buttersäureaktion eines Frauenzusammenhangs gegen den Fanladen noch immer für den eigentlichen Skandal des vergangenen Jahres.

Sie tun so, als wenn es nichts selbstverständlicheres gäbe, als einen Auftritt von HbW, und ziehen ganz bewußt und mit Blick auf die vergangenen Auseinandersetzungen ihre Konsequenzen.
Und sie meinen immer noch, daß es Antifaschismus ohne antipatriarchalen Kampf geben könnte. Wer aber Faschisten bekämpft und gleichzeitig dabei die eigene Männerrolle bewahren will, kann nicht als Antifaschist gelten. Denn sowenig der deutsche Faschismus ohne männerbündische Organisierung, wie z.B. der Wehrmacht, zu verstehen wäre, sowenig kann es einen antifaschistischen Kampf geben, der die Gewaltverhältnisse gegen Frauen ignoriert oder sogar noch fortschreibt. (Die politische Niederlage des kommunistischen Widerstandes in den 30er Jahren war neben der faschistischen Repression vorallem auch darauf zurückzuführen.) Das wäre aber der Fall, wenn eine Band mit einem Vergewaltiger auf einem Konzert unter einem antifaschistischen Motto auftritt. (Welche Diskussionen gäbe es, wenn ein Faschist in einer Band mitspielen würde?)
An diesem Punkt wurde im Gespräch deutlich, wo die grundsätzlichen Unterschiede liegen und wo es kein Miteinander mehr gibt. Einzig und allein Frauen bestimmen was eine Vergewaltigung ist! Unsere Solidarität gilt dann der betroffenen Frau; es soll keine Männerkumpanei geben und Männer sollen sich nicht in die Rolle von einem Richter oder Anwalt begeben. Das sind politische Minimalpositionen, hinter denen wir nicht mehr zurückgehen. Der Veranstalter sieht das anders: »Die Frau kann es zwar als Vergewaltigung empfunden haben, deshalb ist Michael aber noch kein Vergewaltiger – da gibt es eine riesige Grauzone.« Er machte klar, daß er das Konzert, koste es was es wolle und mit entsprechenden Schutzmaßnahmen, durchsetzen wird. Für den Fall von Aktionen gegen den Auftritt von Heiter bis Wolkig ließen die anwesenden Fußballfans keine Fragen offen: »dann steht hier nichts mehr..., jetzt ist Krieg.«

V.i.S.d.P.: A. Zoren, Tiefstraße 30, 22684 Hamburg

Zu dem Motto sei noch gesagt: »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« ist eine antifaschistische Parole, die sich gegen die Tendenz in der BRD richtet, die Verbrechen der NS-Zeit vergessen zu machen. »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« ist eine Kampfansage gegen all diejenigen, die von einer stichtagartigen Befreiung vom Faschismus reden, um sich nicht mit den Kontinuitäten zwischen der NS-Zeit und der BRD-Geschichte befassen zu müssen.
Auf der anderen Seite ist sie eine Aufforderung an all diejenigen fortschrittlich orientierten Menschen dafür Sorge zu tragen, daß die faschistischen Verbrechen und Strukturen weder vergessen, vergeben oder sonstwie relativiert, sondern angegangen und bekämpft werden. Daß ein solches Konzert unter diesem Motto durchgeführt werden soll, ist eine Provokation, da es ersichtlich ist, daß die Organisatoren das Konzert nicht in irgendeinen antifaschistischen Kontext stellen. D.h. sie haben inhaltlich nichts zu dem Motto bzw. zu dem politischen Rahmen des Festivals geäußert, sich zugunsten von HbW gegen »Absolute Beginners« entschieden, einer Band mit eindeutig antifaschistischen Texten, die nicht mit HbW auf einer Bühne stehen wollten und zu guterletzt verschwinden die Einnahmen des Konzerts in den Taschen der Bands und des Veranstalters (was an für sich schon ein Skandal ist).
Und zu der 10 % pc Polemik: Uns geht es nicht um das Erringen oder gar Verteilen von pc-Prozentpunkten, sondern um das Bedürfnis und das Bemühen, die verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse zu verstehen und eine Praxis zu entwickeln, um ihnen was entgegensetzen zu können, weil es dabei auch um unsere eigene Befreiung geht.
Leute, die sich 10 % pc auf die Fahne schreiben geht es nicht so, sondern sie verhöhnen dies alles, nehmen sich und das Motto »Kein Vergeben. Kein Vergessen.« nicht ernst und ordnen sich stattdessen selber in das herrschende Mehrheitslager ein. Darin sind sie voll auf Linie, ganz zufrieden und auch bereit, diese Zustände zu verteidigen, wie z.B. durchzusetzen, daß eine Band mit einem Vergewaltiger wie selbstverständlich spielen kann. Für uns ist das Verhalten des Fanladens 10 % linke Rituale und 90 % herrschende Normalität.

Deshalb fordern wir:

Kauft keine Karten, verhindert den Auftritt!
Kein Konzert mit Heiter bis Wolkig am 9.6.95 in Eppendorf!

Tut eure Meinung kund: Tel.HbW: 0221/ 21 40 91, Tel Fanladen: 439 69 61

Das Flugblatt wird unterstützt von: Schwarzmarkt • Mitarbeiterinnen des Anwaltsbüros von Bracken & Mendecke • Flora Männerplenum • FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt • Zeck-Redaktion • Männerwohnprojekt 4D • einige autonome Gruppen Hamburg • Autonome Chiapas Gruppe Hamburg • Männermedienarchiv • Basisgruppe • Hamburger Männercafé • Las Muralistas • Café Knallhart HWP • Männergruppe Elend • Volxcafé Uni Hamburg • einige Rev-Block-Männer • Wagenburg Bambule • Flora Frauenplenum • Frauenwohngruppe von Nimm 2
* Hochschulantifa * Cafe und Buch * Theatergruppe "Immer Weiter" * Hamburger Anarchafeministinnen *

DER KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND SEXISMUS IST UNTEILBAR!

Gleichstellung statt Diskriminierung

Redebeitrag zum europaweiten Aktionstag für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung auf der Demo am 5.Mai 95 in Hamburg

Heute am 5. Mai demonstrieren wir europaweit gegen die Diskriminierungen, denen wir ausgesetzt sind. Für mich sind zwei Aspekte an dieser Demonstration besonders wichtig:
Erstens zeigt es, daß es Menschen gibt, die sich gegen die bestehenden Verhältnisse organsieren und zweitens ist es eine Möglichkeit, Ursachen und Zusammenhänge der herrschenden Diskriminierung, Aussonderung und Freigabe zur Tötung vieler Menschen als politisch erwünscht, aufzuzeigen.
Ein Ziel der Herrschenden ist die umfassende Kontrolle, Manipulation und Verwertung aller Menschen zur Sicherung von Profit und Macht. Um dieses Ziel zu erreichen, wird alles, auch die Menschen, zur Ware, zu einem Gegenstand gemacht. Sie werden gemessen und bewertet, um benutzt zu werden, wozu sie den Herrschenden als geeignet erscheinen. Sie werden sortiert, gelagert, in Einzelteile zerlegt und verkauft oder auf den Müll geworfen.
Ich weiß, das ist nichts neues und schon länger unter dem Namen Kapitalismus bekannt, der heute Soziale Marktwirtschaft genannt wird.
Die Entwürdigung des Menschen zum Gegenstand beginnt stets mit der Diskriminierung. Egal, ob Frauen, Schwule, sogenannte Kriminelle, Flüchtlinge oder behindert genannte, allen werden Eigenschaften angedichtet, die dann den Entzug von Rechten zur Folge haben. Dieser Ausschluß bezieht sich auf alle Lebensbereiche bis hin zum Recht auf das Leben überhaupt.
Solange die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen besteht, sehen sich die MachtinhaberInnen gezwungen, sich zu rechtfertigen. Dazu sind ihnen viele Mittel recht: Lügen, offen ausgesprochen oder als Wissenschaft verbrämt, Täuschung und Geheimhaltung sind einige davon. Zum Beispiel leugnen sie dreist die Ermordung von Flüchtlingen durch Abschiebung.
Sie betreiben mit viel Aufwand die sogenannte Bio-Ethik:
Diese soll mit zeitgemäßen Methoden erneut die ungleiche Verteilung von Rechten für verschiedene Menschen festklopfen. Die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihrem Aussehen und Verhalten wird als biologisch begründet erklärt. Dazu gehört dann auch die Festlegung, ob ein Mensch noch einer sein soll oder nicht.
Weltweit arbeiten Biologen, Mediziner, Theologen, Juristen, Philosophen und Politiker daran, dieses als "Bio-Ethik" oder als "Praktische Ethik" bezeichnete Selektionsdenken als selbstverständlich und natürlich in den Köpfen der Menschen zu verankern und gleichzeitig die Zwecke und den Stand der Umsetzung geheimzuhalten.
Über mehr als acht Jahre wurde die Ausarbeitung der sogenannten europäischen Bioethik-Konvention geheimgehalten.
In der sogenannten Bioethik wird auf mehr als 1oo Jahre bestehende Ideologien zurückgegriffen. Stets wurde die Selektionspolitik, gleichgültig, ob sie kolonialistisch, rassistisch oder eugenisch motiviert war, in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und staatlichen Organen begründet, eingeführt und durchgesetzt.



Auch der deutsche Faschismus hat sich an dies bewährte Muster gehalten. Viele der damals eingeführten Methoden zur Bevölkerungskontrolle sind bei uns auch heute noch so selbstverständlich, daß wir sie gar nicht mehr wahrnehmen: zum Beispiel die Pflicht, stets einen Personalausweis mit sich zu führen.



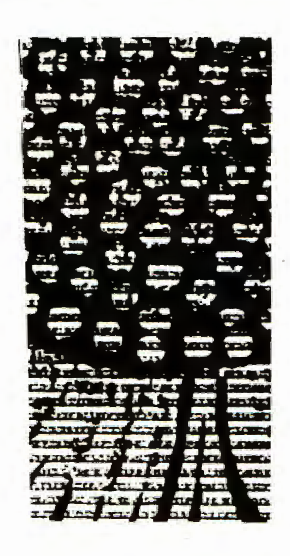
Für die Umsetzung ihrer Bevölkerungspolitik war die breite Erfassung der Menschen Voraussetzung.
Die organisierte Tötung von Millionen von Menschen sollte vor dem Gros der Bevölkerung geheimgehalten werden. Darüberhinaus waren gesetzliche Regelungen für die Tötung alter, kranker und als lebensunwert bezeichneter Menschen vorbereitet und für nach dem Krieg vorgesehen.
Die Selektion wurde nicht erst 1933 erfunden und sie endete auch nicht 1945. Die Nationalsozialisten haben die Selektion also nicht erfunden, sie haben sie organisatorisch in der Gesellschaft verankert, dem System verfügbar gemacht. Diese Strukturen sind nie grundsätzlich angegriffen worden und dienen nach wie vor denselben Zwecken.
Hier wird zur Zeit der als Gesundheitspolitik bezeichnete Teil der Selektionspoltik angeblich zwangsfrei umgesetzt: Angebote wie pränatale Diagnostik, genetische Reihenuntersuchungen oder die Transplantationsmedizin werden als Recht auf individuelles Glück dargestellt. Wie man sieht, scheint es ein geeignetes Mittel zu sein, die dahinter stehenden Macht - und Wirtschaftsinteressen in den Hintergrund treten zu lassen. Stattdessen wird ein Gegensatz zwischen dem Lebensrecht und dem Glück einzelner oder vieler konstruiert. Tödlicherweise werden pränatale Diagnostik und genetische Beratung häufig in Anspruch genommen, weil die Selektion längst in unseren Köpfen funktioniert. Kern der geplanten Bio-Ethik-Konvention, die die Grundlage der Gesetzgebung von 32 europäischen Staaten werden soll, ist - wie sie es sagen - der Interessenausgleich zwischen der Menschenwürde und der Freiheit der For-

schung. Daß Forschung und ihre spätere lukrative Anwendung zusammengehören, ist ein alter Hut.
Einen sogenannten Interessenausgleich kann es nicht geben. Was sie wollen ist, daß Menschen, wissenschaftlich definiert und juristisch abgesichert ihre Würde verlieren sollen, sprich zur Verwertung und Vernichtung freigegeben werden. Mit anderen Worten: Der alte Kack im neuen Frack.
Wir sind also heute hier, um die beschriebenen Strukturen erneut aufzudecken und anzugreifen. Unser Ziel ist eine befreite Gesellschaft ohne Diskriminierung und Selektion.

Eine Krüppelfrau aus Hamburg

(auf der Demo waren ca. 500 Menschen, immer noch viel zu wenig aus dem linksradikalen Spektrum sog. Menschen ohne Behinderung. Wir werden hier nur vorankommen, wenn wir die verschiedenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse gleichrangig sehen und zueinander theoretisch und praktisch in Bezug setzen können.)

Kampf der herrschenden Normalität!



Wenn der schlimmste Fall eintritt, ist unser Leben keinen Pfennig mehr wert?

Und in Brasilien tritt immer der schlimmste Fall ein!

Brasilien, Recife: Im Oktober 1994 überlebte Patricia Teixeira de Lima schwerverletzt einen Mordversuch durch den Deutschen Michael Gerhard Klein. Sie wurde von ihm brutal vergewaltigt und, nachdem er ihr lebensgefährliche Verletzungen zugefügt hatte, auf einer Müllkippe abgeladen, in dem Glauben sie sei tot.
Patricia sagte jedoch zusammen mit anderen Frauen gegen Klein aus und es gelang, ihn zu identifizieren, was seine Verhaftung im Dezember 94 zur Folge hatte. Seitdem sitzt er in Recife in Untersuchungshaft.
Zunächst hatte Klein gegenüber der Polizei nicht nur den Mordversuch an Patricia zugegeben, sondern auch drei weitere, bis dahin unaufgeklärte und ebenso brutale Morde an jungen Frauen gestanden. Mittlerweile hat er dieses Geständnis mit der Behauptung widerrufen, es sei unter massivem Druck der vernehmenden Polizisten zustande gekommen.

Recife, Hauptstadt des Bundesstaates Pernambuco im Nordosten Brasiliens, ist in den letzten Jahren ein Zentrum für Sextouristen aus Europa geworden. In der Hauptsaison landen wöchentlich vier "Bumsbomber" aus Europa. Von den Touristen, die sich am dortigen Strand von Boa Viagem vergnügen, sind 70% deutsche Männer. Tausende junger Frauen und Mädchen kommen hierher, um ihr Geld in dieser "Branche" des Tourismus zu verdienen. Andere Chancen, eine Arbeit oder gar eine Ausbildung zu bekommen, sind in diesem Teil Brasiliens, der zu den ärmsten Regionen des Landes gehört, gering. So reisen viele Frauen und Mädchen in die Großstadt Recife, in der Hoffnung, ihren europäischen Märchenprinzen zu treffen, bestenfalls zu heiraten und somit ein besseres Leben zu haben. Die Realität dieser sogenannten meninas de programa (Programm-Mädchen) sieht allerdings meist ganz anders aus. Auch Patricia und die drei ermordeten Frauen gingen dieser Tätigkeit nach und lernten Klein alle in den Nachtclubs von Boa Viagem kennen.

Die Organisation Coletivo Mulher Vida (Frauengruppe, die Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit mit diesen Frauen in Recife betreibt), begleitet und berät Patricia. Aus einem Brief des Coletivo vom 23.3.95 an eine deutsche Frauenorganisation:

"Wir hier brauchen dringend Eure Solidarität. In Brasilien wird gerade ein großes Theater inszeniert, um den deutschen Mörder freizulassen. Der Anwalt des Mörders, Dr. Boris Trindade (Theaterdirektor und guter Freund des deutschen Konsuls in Recife), ist äußerst angesehen und gleichzeitig dafür bekannt, Richter, Staatsanwälte etc. zu "kaufen".
Gestern wurde Patricia durch den Richter verhört. Alle Fragen, die er stellte, paßten zu der These des Anwalts des Deutschen, wonach einer "Hure", die Opfer eines Verbrechens wird, kein Glaube geschenkt zu werden braucht. Der Deutsche (Klein) lachte die ganze Zeit zynisch, so daß es auf einmal aussah, als wäre er das Opfer und Patricia die Angeklagte.



Um es noch einmal deutlicher zu sagen: Wenn dieser Deutsche freigelassen wird, befindet sich nicht nur Patricia wieder in Lebensgefahr, sondern wir vom Coletivo Mulher Vida auch. Zumal der Anwalt des Kriminellen bereits in Deutschland war und dort ziemlich viel Knete von den Eltern Kleins bekommen hat."

Aufgrund der brasilianischen Rechtsprechung, wo Morde an Frauen gerne als Kavaliersdelikte behandelt werden, ist diese Befürchtung des Coletivo sehr ernst zu nehmen. Es liegt auch in unserer Verantwortung, in Deutschland genügend Öffentlichkeit und Druck zu erzeugen, damit der Mörder in Brasilien verurteilt und nicht hierher

abgeschoben wird, wo er unbehelligt weiterleben kann. Die begangenen Morde stellen die perverseste Form des Sextourismus, der hier in den Zentren des Wohlstands (Europa) offiziell organisiert wird, dar. Ihre Bedeutung geht über den Einzelfall hinaus.
Wir bitten Euch darum, den Brief (befindet sich auf deutsch und portugiesisch im Ordner) unterschrieben an den Gouverneur in Recife zu schicken und an die brasilianische Botschaft in Deutschland zu schreiben, um die Arbeit des Coletivo und den Prozeß Patricias durch öffentlichen Druck zu unterstützen.

Adressen, an die Ihr den Brief schicken könnt:
Governador Miguel Arraes
Palacio do Campo das Princesas
Praca da Republica
50050 Recife /PE
Brasil

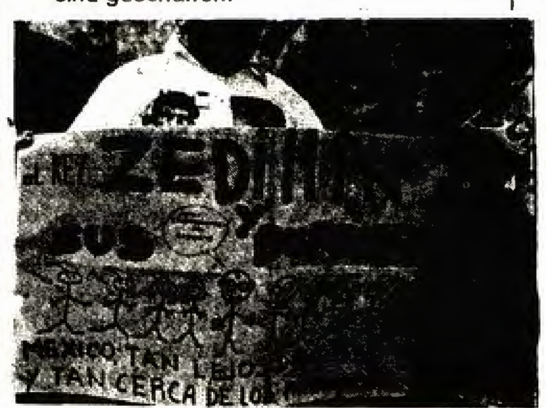
Consulado Geral da Alemanha
Av. dantas Barreto, 191
50050 Recife /PE
Brasil

Kontakte und Informationen:
Amnesty For Women
Louise-Schröder-Str.31
22767 Hamburg

Bankverbindung: Dresdner Bank Hamburg, Konto Nr. 5611143, BLZ 20080000, Kennwort: Patricia

Einschätzung der "Aktionstage zu Chiapas" [1]

Wir als autonomer Zusammenhang haben eine Kampagne zu Chiapas initiiert, um auf die zugespitzte Situation der aufständischen Zapatistas aufmerksam zu machen und eine politische Mobilisierung hier in Hamburg hinzukriegen. Nach der Intervention der mexikanischen Armee am 9.2.95 haben wir uns gesagt, daß es nicht mehr ausreicht, nur zu informieren, sondern daß es darum geht, praktische Solidarität in Form von Demonstrationen und Protestkundgebungen auszuüben.
Die Aktionstage zu Chiapas vom 19.4. bis 6.5.95 wurden von einem "Aktionsbündnis Chiapas" getragen, in dem sich verschiedene Gruppen aus unterschiedlichen politischen Spektren zusammengefunden haben.
Uns wie auch dem Bündnis ging es dabei um einen Begriff von Solidarität, der die globalen Zusammenhänge zwischen den Ereignissen in Chiapas und den Kriegstreibern und Ausbeutern deutlich macht, die auch hier in der BRD sitzen. So beschäftigte sich die Veranstaltung am 6.5.95 in der Roten Flora zum Thema "Landbesetzungen in Chiapas. Rebellion gegen Hamburger Kaffee-Multis" speziell mit der Rolle Hamburger Pfeffersäcke, die sich indigene Bäuerinnen als Leibeigene halten. Ihre Kaffee-Finca "Liquidambar" wurde von entschlossenen Campesinas enteignet und monatelang besetzt gehalten. Ende April 95 gingen Militär und Bullen gegen die Besetzerinnen vor. Wir hoffen, daß es den Campesinas gelingt, sich die Finca zurückzuerobern.
Die Demo am 27.4.95 ging nicht nur zum mexikanischen Konsulat, sondern in Form vorbereiteter Spontanietät auch zu einer auf dem Weg gelegenen Filiale der Dresdner Bank. Die Dresdner, ohnehin bei (fast) jeder Schweinerei dabei, ist Teil des internationalen Bankenkonsortiums, das die Kreditvergabe an das mexikanische Regime mit der Auflage der Eliminierung der Zapatistas verknüpft. Die symbolische Einlage, vor der Bank-Filiale selbst gebastelte Kreditkarten zu verbrennen, fanden wir äußerst gelungen. Als die Demo längst weitergezogen war, ließen es sich die Bullen nicht nehmen, mit mehreren Wannen anzurücken, um das Feuer zu löschen.
Überhaupt fanden wir die Demo ziemlich gut, obwohl es angesichts der intensiven Mobilisierung ruhig mehr als 200 Leute hätten sein können. Überhaupt fällt auf, daß zu Veranstaltungen, Filmvorführung und Soli-Parties jeweils total viele Leute kamen, zu Demo und konkreten Aktionen dagegen verhältnismäßig wenig. Ein Zeichen der Zeit?
Am 4.5.95 beteiligten sich gut 50 Leute an einer Protestkundgebung gegen die Citi-Bank in Altona unter dem Motto "Citi-Bank: in der ersten Reihe der Ausbeuter". Die Aktion beschränkte sich auf Redebeiträge, Straßenmusik und Flugis zu den Machenschaften der Bank. Mehr war nicht möglich, weil ein Großaufgebot Bereitschaftspolizei und jede Menge Zivis den Fortgang kapitalistischen Geschäftslebens sicherten.
Insgesamt sehen wir die Kampagne als Erfolg. Die Voraussetzungen für zukünftige kurzfristige Mobilisierungen sind geschaffen.



Abschließend dokumentieren wir die Redebeiträge von der Auftaktkundgebung zur Demo am 27.4.95 sowie der Protestkundgebung bei der Citi-Bank am 4.5.95. (Anm. d. R.: Den zweiten Redebeitrag haben wir nicht abgedruckt. Er ist im Ordner im Schwarzmarkt.)

Kontakt:
Autonome Chiapas-Gruppe Hamburg
c/o Autonomer Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung zur Chiapas - Demo am 27.4.95

Wir wollen heute unsere Solidarität mit den Aufständischen in Chiapas auf die Straße tragen.
Es lebe die zapatistische Befreiungsarmee, die EZLN !
Die EZLN ist seit dem Aufstand am 1. Januar 1994 zum Bezugspunkt der Unterdrückten und Unzufriedenen überall in Mexico geworden.
Die soziale Lage der Menschen in Chiapas hatte sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Allein 1992 starben 15000 Menschen an Hunger. Über 10000 Menschen sterben jährlich an heilbaren Krankheiten. Gleichzeitig reißen sich die Viehbarone immer mehr Land unter den Nagel. Jährlich werden 3 Millionen Kühe für internationale Konzerne wie McDonalds in die Kühlhäuser verladen.
Aber die EZLN kämpft nicht nur für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Indigenas in Chiapas. Ihr geht es auch um eine grundsätzliche Veränderung der politischen Situation in ganz Mexico. "Tierra y Libertad" - "Land und Freiheit" - ist ein Angriff auf die kapitalistische Weltordnung und Verwer-

tungslogik, ein Angriff auf das am 1. Januar 1994 in Kraft getretene Freihandelsabkommen Nafta.
Nafta - sog. "freier Handel" zwischen Mexico, den USA und Kanada - bedeutet Freizügigkeit für das Kapital, Arbeitslosigkeit und Armut für das Volk. Voraussetzung für den Beitritt Mexicos zu Nafta war die Abschaffung des in der mexikanischen Revolution erkämpften Artikel 27 der mexikanischen Verfassung. Dieser garantierte das Recht auf Kollektiveigentum an Land für die Menschen, die es bewirtschaften.
Mit Nafta können multinationale Konzerne und vor allem ausländische Großgrundbesitzer wieder unbeschränkt Privateigentum an Land erwerben. Hunderttausende von Bauern verlieren ihre Existenz.
Der Aufstand der EZLN begann ganz bewußt am Tage des Inkrafttretens von Nafta. Der Kampf der zapatistischen Befreiungsarmee ist für viele Menschen zum Symbol des Widerstands gegen Ausbeutung und Unterdrückung geworden.
Die Campesinos/as nehmen sich das Land, das sie brauchen. Es hat inzwischen fast 2000 Landbesetzungen gegeben. Die Arbeiterinnen, die Studentinnen, die Slum-Bewohnerinnen von Mexico-Stadt organisieren sich und beziehen sich in ihren Kämpfen auf die Zapatistas. Die revolutionäre Linke in Mexico erscheint heute gestärkt und vereint. Initiiert durch den Aufstand der Zapatistas ist eine landesweite basisdemokratische linke Bewegung entstanden. Die EZLN vesteht sich als Teil dieser Bewegung, aber ohne Machtanspruch gegenüber anderen Aktivistinnen.
Bei den Wahlen im August 94 konnte sich die korrupte Regierungspartei - die PRI - nur durch massiven Wahlbetrug an der Macht halten. In Chiapas hätte tatsächlich bei korrekter Stimmenauszählung der Kandidat des Volkes, Amado Avendano, gewonnen. Daraufhin wurde eine Gegenregierung gebildet. Sie nennt sich "Übergangsregierung in Rebellion" und arbeitet nach rätedemokratischen Prinzipien.
Das mexikanische Regime hat das Land in den letzten Jahren in den finanziellen Ruin gewirtschaftet. Dabei besteht zwischen der aktuellen Wirtschaftskrise und dem Aufstand in Chiapas ein direkter Zusammenhang. Das internationale Finanzkapital stellte der Regierung Kredite von insgesamt 60 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Erklärte Vorbedingung hierfür ist die Vernichtung der EZLN. Die EZLN stört das Investitionsklima kapitalistischer Interessen. Zudem befinden sich in den von der EZLN besetzten Gebieten bedeutende Erdölreserven, die die mexikanische Regierung als Sicherheit für die Milliardenkredite an ausländische Banken verpfändete. Mit der Forderung nach Vernichtung der EZLN machen die internationalen Großbanken ihren Anspruch auf den direkten Zugriff auf die Erdölreserven geltend.
Eine der mächtigsten Banken, die amerikanische Chase Manhattan Bank, bringt das Diktat der Kapitalisten auf den Punkt: "Die mexikanische Regierung wird die Zapatisten eliminieren müssen, um zu demonstrieren, wie wirksam ihre Kontrolle über nationales Territorium und nationale Sicherheit ist".
Am 9. Februar 1995 drang die mexikanische Armee in die von den Zapatistas kontrollierten Gebiete ein. Die Dörfer wurden von Eliteeinheiten besetzt und teilweise bombardiert. Die EZLN konnte sich rechtzeitig in den unzugänglichen Urwald zurückziehen. Mit ihr floh ein großer Teil der Bevölkerung. So fand die Armee in Guadelupe Tepeyac, dem ehemaligen Hauptsitz der EZLN, nur noch eine Geisterstadt vor. Diejenigen, die nicht mehr fliehen konnten, wurden Opfer der staatlichen Repression. Es kam zu Erschießungen, zu Vergewaltigung und Folter. Die verlassenen Dörfer wurden zerstört oder geplündert. Lebensmittelvorräte wurden teilweise mit Pestiziden unbrauchbar gemacht. Das Land der Flüchtlinge wurde teilweise an regierungstreue Indigenas vergeben und von diesen neu besiedelt.
Ein Teil der Flüchtlinge, meist Frauen und Kinder, sind inzwischen in ihre Dörfer zurückgekehrt. Sie sind ohne Lebensmittel und Medikamente. Ohne fremde Hilfe werden sie nicht überleben können.
Gegenüber der EZLN verfolgt die Armee die Taktik des Aushungerns. Sie kreiste das zapatistische Rückzugsgebiet ein, ohne die direkte militärische Konfrontation zu suchen.
Auch deutsches Kapital mischt kräftig mit bei Ausbeutung und Vernichtung in Chiapas. Die Dresdner Bank und die Deutsche Bank sind im Rahmen eines internationalen Bankenkonsortiums unter Führung der Citi-Bank an dem Milliarden-Kreditgeschäft auf Kosten der Zapatistas beteiligt.
Die größten Kaffee-Fincas in Chiapas gehören deutschen Großgrundbesitzern, teilweise alten Nazis, die dort ihr neues Imperium errichtet haben. Sie halten sich die indigenen Campesinas als Leibeigene und zahlen Löhne von umgerechnet 3,-- bis 4,-- DM am Tag.
Die mexikanische Armee tötet Zapatistas mit deutschen Waffen. Die Rüstungsfirma Heckler & Koch liefert G 3 - Gewehre und Schützenpanzer. Daimler-Benz stellt den überwiegenden LKW-Fuhrpark der mexikanischen Armee.
Deutsche Waffen, deutsches Geld - morden mit in aller Welt.
Ob in Kurdistan oder in Chiapas.
Nach dem Angriff der Armee gab es eine große Solidaritätsbewegung für die Zapatistas im In- und Ausland.
Wir sind ein Teil davon.
In Mexico-Stadt demonstrierten innerhalb einer Woche drei mal jeweils weit über 100.000 Menschen für die Zapatistas. Sie riefen Parolen wie "Zedillo Fascista - el Pueblo es Zapatista" (Zedillo Faschist - das Volk ist Zapatist; Zedillo heißt der derzeitige mex. Präsident).
In vielen europäischen Städten, z.B. in Madrid, in Berlin und auch in Hamburg wurden mexikanische Konsulate besetzt. In Barcelona und im italienischen Brescia wurden Konsulate der "Gegen-



regierung in Rebellion" eröffnet.
In Mexico werden internationale Karawanen durchgeführt, die Lebensmittel und Medikamente nach Chiapas bringen. Auf ehemals zapatistischem Gebiet gibt es sieben internationale Friedenscamps, an denen sich bisher 1200 Personen beteiligt haben.
Hoch die internationale Solidarität.
Die Unruhe des Aufstands in die Metropolen tragen.
Solidarität heißt: den Imperialismus hier angreifen.
Viva Zapata
Ya Basta
Es lebe die EZLN

Zur aktuellen Situation

Aufgrund des starken politischen Drucks - Massenmobilisierungen in Mexico, internationalen Protesten und Aktionen - sieht sich das mexikanische Regime gezwungen, die militärische Offensive vorerst zu stoppen. Die Armee zog sich aus den Dörfern zurück, blieb aber in unmittelbarer Nähe präsent. Die Regierung hob die Haftbefehle gegen die zapatistische Führung auf und erklärte sich angeblich verhandlungsbereit.
Die Hauptforderung der Zapatistas - Rückzug der Armee aus der zapatistischen Zone - wurde aber nicht erfüllt.
Das mexikanische Marionettenregime, abhängig von US-Regierung und internationalem Kapital, will offenbar nicht ernsthaft verhandeln, sondern nur Zeit gewinnen.

Am 20.4.95 sollte es zu ersten Friedensgesprächen kommen.
Die Regierungsdelegation ließ die Gespräche platzen mit der Begründung, die EZLN habe tausende ihrer Anhänger zum Ort der Gespräche mobilisiert. Tatsächlich bereiteten tausende Campesinas und Indigenas den acht zapatistischen Commandantes einen begeisterten Empfang und sorgten für ihren Schutz. Denn die Verhandlungen liefen ohne Erfüllung jeglicher Sicherheitsbedingungen für die EZLN-Delegierten.
Am 22.4.95 kam es dann doch zu ersten Gesprächen zwischen EZLN und Regierungsvertretern. Sie verliefen ohne konkrete Ergebnisse. Die Zapatistas verlangten den Abzug der Armee auf die Positionen vor der Intervention am 9.2.95 und boten dafür militärisches Stillhalten ihrerseits an. Die Regierung forderte als Vorbedingung die Abgabe der Waffen und die Gründung einer legalen Organisation. Dafür soll dann das Militär angeblich weitgehend abziehen.
Commandante Tacho kommentierte die Gespräche für die EZLN wie folgt: "Der Regierung geht es nicht um Frieden, sondern um Kapitulation."
Nach wie vor gilt für uns deshalb, was die EZLN in ihrem Aufruf vom 11.2.95 gesagt hat: "Wir bitten das Volk von Mexico und alle Völker dieser Welt, etwas zu tun, um diesen Krieg zu stoppen. Wir bitten euch noch mal, laßt uns nicht allein. Wir werden mit Würde handeln. Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie."

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.
Solidarität ist eine Waffe.
"Es geht um ein YA BASTA (es reicht!), das nicht nur von der Stimme der Indigenas und der Campesinas getragen wird; ein "Ya basta", das sich summiert, das multipliziert, das reproduziert, das triumphiert, das die Feier einer Entdeckung sein kann: unserer selbst, schon nicht mehr mit der Berufung zur Niederlage, sondern an die Möglichkeit des Sieges denkend." (Supcommandante Marcos, 8.8.94)
Venceremos!

Aktueller Zusatz:

Vom 12. bis 15 Mai 95 fand eine weitere Verhandlungsrunde statt. Dabei soll es zu einem "Minimalkonsens" über den Abzug der mexikanischen Armee aus der Region gekommen sein. Die Regierungstruppen sollen probeweise aus einem Teil der Gebiete verlegt werden, die sie nach ihrer Offensive im Februar eingenommen hatten. Vereinbart wurde die Einrichtung eines sog. "Korridors", entlang dessen sich die Armee neu gruppiert. Der Verlauf dieses Korridors soll in einer weiteren Verhandlungsrunde am 7. Juni 95 festgelegt werden. Die EZLN behält ihre Waffen und soll in den Gebieten, aus denen sich die Armee zurückzieht, für Ordnung und Sicherheit verantwortlich sein. Die EZLN will die Vereinbarung zunächst der Bevölkerung der von ihr kontrollierten Gebiete zur Abstimmung vorlegen.



Für das Leben und die Freiheit der politischen Gefangenen

Auszug aus einem Redebeitrag bei der Kundgebung der Angehörigen am 28. April in Mainz

(...) In den letzten Monaten ist eine qualitativ neue Situation entstanden. Einige der Gefangenen sind aus dem Knast entlassen worden. Am 1. Dezember letzten Jahres - nach fast 23 Jahren Knast mit allen Formen von Isolationsfoltermaßnahmen ist **Irmgard Möller** entlassen worden. Eine für heutige Verhältnisse starke und vor allem internationale Solidaritätsbewegung hat diese Freilassung möglich gemacht. Irmgard mußte freigelassen werden - trotz ihrer Weigerung mit dem Apparat zusammenzuarbeiten, sich z.B. psychiatrisch begutachten zu lassen.

Im Februar d.J. wurde **Christine Kuby** nach fast 18 Jahren Knast entlassen. Erst als selbst die Knastärzte die Verantwortung für Leben und Gesundheit nicht mehr länger übernehmen wollten, akute Lähmungsgefahr aufgrund eines chronifizierten Rückenleidens bestand, konnte Christine - zunächst mit Haftaussetzung - aus dem Knast. Einen Tag später wurde sie operiert - und im Februar 95 entlassen.

Am 25. April wurde **Manuela Happe** entlassen. Sie war zu 15 Jahren verurteilt und war elf jahre in Isolationshaft.

Die Gefangenen in Celle - **Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts** (...) sind, bzw. werden in absehbarer Zeit entlassen.

Abgesehen von Birgit Hogefeld, gegen die zur Zeit in Frankfurt/Main ein Staatsschutzprozeß geführt wird und Stefan Wisnewski, der seit 17 Jahren im Knast ist, sind dann noch 9 revolutionäre Gefangene aus der RAF im Knast. Damit realisiert sich ein Plan des Staatsschutzes, das "Problem" durch Entlassungen öffentlichkeitswirksam zu "verkleinern", einen Teil der Gefangenen aber als Geiseln' im Knast zu behalten.

Hanna Krabbe - sie ist seit zwanzig Jahren im Knast. Sie war mit allen Formen der Isolation seit 1975 konfrontiert und war zuletzt mit Irmgard Möller und Christine Kuby zusammen im Trakt in Lübeck. Seit Dezember, seit fünf Monaten also, ist sie allein. Jetzt, Ende April, wurde sie in den sogenannten Normalvollzug verschleppt und ist nach zwanzig Jahren Knastterror erneut mit Haftverschärfung konfrontiert.

Sieglinde Hofmann - sie hätte am 5. Mai die 15 Jahre des Urteils gegen sie um. Sie müßte also entlassen werden. Aber wie zuvor bereits gegen andere politische Gefangene, wird auch gegen Sieglinde ein Staatszeugenprozeß mit den erkauften Aussagen der 1990 in der ex-DDR festgenommenen Aussteiger und Verräter inszeniert. Der soll am 29. August d.J. in Stammheim beginnen und er soll das obligatorische Lebenslänglich bringen.

Rolf-Clemens Wagner und Rolf Heißler - beide sind seit 16 Jahren im Knast. Rolf-Clemens ist mit Helmut Pohl zusammen in Schwalmstadt inhaftiert. Rolf Heißler ist fast die ganzen 15 Jahre getrennt von seinen GenossInnen in Frankenthal im Knast.

Heidi Schulz, Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar - sie sind seit 12 1/2 Jahren im Knast. Christian war sechs Jahre total isoliert im siebten Stock von Stammheim, nur kurze Zeit



konnte er nach 1989 einstündigen Hofgang mit anderen politischen Gefangenen machen. Er ist jetzt - seit Jahren wieder allein in Bruchsal. Bei Christian werden die Besuchsbedingungen immer wieder instrumentalisiert - d.h. verschärft. So wurde z.B. ein beantragter Besuch von Irmgard Möller bei ihm abgelehnt - mit der Begründung: Irmgard habe sich geweigert "abzuschwören", ein Besuch von ihr bei Christian könne ihn also in seiner staatsfeindlichen Haltung bestärken. Wegen Christians Weigerung, mit dem Knast und seinen Beamten zusammenzuarbeiten, d.h. nach einer gemeinsamen "Vernunft" von Gefangenem und Kerkermeister zu suchen - Christians ungebrochene Haltung und Persönlichkeit als Revolutionär dient als Begründung dafür, daß Besuche bei ihm generell nur einzeln möglich sind.
Brigitte ist im bayrischen Aichach im Knast. Ihre Besuche - zwei Stunden im Monat - finden hinter Panzerglasscheiben statt, die Besuche der Mutter sind ohne Trennscheibe, werden aber akustisch überwacht. Brigitte war über Jahre im gleichen Knast mit Manuela Happe - sich sehen, miteinander reden konnten und durften die beiden nicht - scharfe Trennung im gleichen Knast - erst wenige Monate vor Manuela Happes Entlassung wurde diese Trennung ein Stück weit aufgehoben.
Heidi ist - zur Zeit noch mit Sieglinde Hofmann - in Köln-Ossendorf. Heidis Gesundheit ist in den letzten Jahren gezielt angegriffen und zerstört worden. Medizinische Behandlung wird entweder nicht genehmigt, zeitlich verzögert oder nur so weit ermöglicht, daß die allerdrastischsten Eskalationen noch ausbleiben. Die Krankheit wird auch gegen Heidi gezielt eingesetzt, um sie zur Kollaboration zu erpressen, sie dazu zu bringen, sich selbst, ihr Leben, ihren Kampf zu denunzieren. Eine andere Funktion hat die Verweigerung ausreichender medizinischer Behandlung nicht.
Helmut Pohl - er ist seit sieben Jahren Knast in den 70ern jetzt seit elf Jahren eingesperrt. Adäquate medizinische Versorgung wird auch ihm konstant verweigert. Der in dieser Schärfe zu verstehende Spruch des Schwalmstädter Knastarztes, daß es seit Jahren heißen würde, Helmut sei krank, er aber immer noch am Leben sei - belegt die Dimension von Bedrohung in der Knastrealität für die politischen Gefangenen.
Eva Haule - sie ist seit neun Jahren im Knast. Eva ist allein, getrennt von Ihren Genossinnen und Genossen - zur Zeit in Frankfurt Preungesheim.
Auch gegen Eva wurde - wie gegen Christian, Rolf-Clemens, Heidi und ab August gegen Sieglinde - ein "neuer" Prozeß inszeniert. Diese Prozesse haben den einzigen Sinn darin, ein weiteres lebenslänglich zu produzieren und dem Apparat mit der Feststellung einer sog. "besonderen Schuldschwere" das formal juristische Instrument dafür zu geben, die Gefangen sprichwörtlich im Knast zu begraben.
Das ist das materielle Interesse des Staates, des Staatsschutzapparates und der dafür jederzeit funktionalisierbaren Medien. (...)

Kein Auftritt von Wiglaf Droste auf Kampnagel und anderswo !

(aus dem Aufrufflugblatt eines gemischten autonomen Zusammenhanges)

Am 9. Juni um 22.30 Uhr will Wiglaf Droste eine Lesung auf Kampnagel halten. Wir wollen das nicht hinnehmen. Droste fiel erstmals durch eine Pornoseite zum Frauenkampftag am 8.3.88 in der TAZ auf. Seither tat er sich regelmäßig in "lustigen" Artikeln von Tempo bis Titanic als Macker und Sexist hervor. Seine ganz "besondere" Beutung für uns bekommt er jedoch nicht durch seinen bei vielen Männern verbreiteten Größenwahn und Frauenhass, sondern durch seinen aktiven Täterschutz, indem er sich an der "Mißbrauch mit dem Mißbrauch-Kampagne" beteiligt:
In diesem Zusammenhang fiel er erstmals größer bei einer Radiosendung am 2.1.94 auf. In dem Berliner Regionalsender "fritz" moderierte er die Sendung "Erregte Aufklärung - der Mißbrauch mit dem Mißbrauch". In zynischer Art und Weise hat er dort voll und ganz die Position Katharina Rutschkys und anderer unterstützt und die Sendung als Agitationsbühne benutzt, um Frauenorganisationen wie Wildwasser etc. "das Handwerk zu legen."
Zum Thema Mißbrauch äußert er sich jedoch bereits schon früher, z.B. in der Titanic vom März 93: "das Modesugget der Saison: Kindesmißbrauch, denn über nichts läßt sich in den entsprechenden Kränzchen und Runden bzw. wenn der Fahrstuhl stecken geblieben ist, prickelnder und raumgreifender sprechen als über, so heißt es einschlägig, die diesbezüglichen Erinnerungen und Nichterinnerungen. Wobei noch zu klären wäre, was enervierender ist: das sich brüsten mit tatsächlich Erlittenenem, das sich ergehen in permanenter Opfergestik oder -rhetorik oder das Graben in Nichterinnerungen, das Zutagefördern erfundener Schrecken, um im Zuge der allgemeinen Wichtigtuerei nicht abseits stehen zu müssen".
In seiner Radiosendug bezeichnet er die Auseinandersetzung um Gewalt gegen Mädchen und Jungen als "Neuen Fundamentalismus". Er vergleicht den Boykottaufruf von Frauen gegen einen Buchladen in dem eine Lesung mit K. Rutschky ("Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Autorin) stattgefunden hat, mit Zensur im NS-Faschismus ("..erinnert an die dunkelsten Stunden..") und wirft Selbsthilfegruppen Hysteriie vor. Seine Studiobesucherin Carola Ronneburg (Tip-Redakteurin) ließ sich über Wildwasser und ähnliches aus, indem sie Schreckensszenarien entwarf von Eltern, denen die Kinder entführt wurden, von verschreckten Eltern, die sich nicht mehr trauen mit ihren Kindern über Sexualität zu reden, die Opfer des neuen, "prüden rigiden Zeitalters" geworden sind und über Wildwasserfrauen, die als "Undercover-Agentinnen" durch die Gegend streifen, um Männer oder Frauen wegen "angeblich stattgefundenen Mißbrauch" anzuzeigen.
Droste stammelt nach diesen Ausführungen: "Das ist ja alles ganz schrecklich, und da dürfte eigentlich jeder Mensch, der Verstand hat im Kopf, müßte doch sagen, diesen Leuten muß man das Handwerk legen... Das ist ja geradezu bedrohlich, da kriegt man ja Angst..."
Durch mehrere Telefonanrufe (die er abbügelt) auf die Einseitigkeit seiner Darstellung hingewiesen, versichert er, daß er das ganz bewußt gemacht habe: "Diese Seite (die Position von Wildwasser zu sexueller Gewalt) wird ja ohnehin in allen Mainstreammedien (..) ausgewalzt bis zum geht nicht mehr. (..) Dieses Thema und die Lufthoheit über dieses Thema..(solle mann) nicht Leuten überlassen, die mit nichts antreten außer ihrer eigenen Betroffenheit."
Droste hat die Einstellung, über alles Witze machen zu können. Mit dieser Sendung verließ er die Ebene und kam zur puren Hetze gegen Frauenprojekte und sexuell Angegriffene. Dies hat mit Humor nichts mehr zu tun, sondern ist klare Parteiergreifung für Vergewaltiger. Die sonstigen vermeintlichen Späße Drostes beschrieb ein Hörer als "morbiden Humor" der nichts befreiendes, nichts emanzipatives hat, sondern nur auf Kosten Unterdrückter auf diesen herumtrampelt und das mit ihnen Geschehene vermarktet (Einladungen zu Talkshows, Veranstaltungen, die ihm Schotter abwerfen).
In mehreren Städten, wie z.B. Oldenburg und Bonn wurden in letzter Zeit Auftritte und Lesungen mit Droste verhindert. In Kassel kippten Frauen und Männer Scheiße vor seinen Lesungsort und in Tübingen wurde ein Veranstaltungsort Drostes blockiert. Wir wollen verhindern, daß Droste seine Hetze ungestört weiterbetreiben kann. Wenn Droste hier in Hamburg eine Veranstaltung halten will, dann soll dies nicht widerstandslos geschehen. Wir fordern euch dazu auf, Drostes Auftritt zu verhindern! Wir fordern Kampnagel dazu auf, Droste abzusagen!





BOB MAL WIEDER



Marktstraße 41 · 20357 Hamburg · ♦ 1/4 · Fon: 430 07 08









THERE'S A NEW STAR!



KOPIERLADEN IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser-Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00



Datenautobahn im Juni

1. Rote Flora

3.+4. 6. Lesbenfrühling im ganzen Haus, Konzerte und Veranstaltungen nur für Frauen; **8. 6. Der neue Gesundheitsraum** auf dem Schulterblatt: Freiraum e.V. stellt sein Konzept für den geplanten Gesundheitsraum vor, 21 Uhr; **9.6. Migräne** spielt um 21 Uhr Jazz in der Volxküche; **9.6., 10.6., 11.6 Richard Lee** tanzt Freitags bis Sonntags ab 20 Uhr in der großen Halle; **10.6. Blakka Mix Soundsystem** 22 Uhr, große Halle; **13.6. Vollmondorchester** improvisiert ab 21 Uhr in der großen Halle; **12.6. - 18.6. ist die Tierrechtswoche (Übrigens zeitgleich mit dem Kirchentag)**. TierrechtlerInnen haben die Flora übernommen. Wir sind gespannt auf spannende Themen und interessante Diskussionen, wie 12.6.: AG "Jagd und Jagdsabotage 15.30 Uhr; "Jagd - Naturschutz oder Lust am Töten?" 20.30 Uhr/ 13.6. Workshop "Herstellung von veganen tierversuchsfreien Körperpflegemitteln" 14 Uhr/ 14.6. AG "Wie mache ich eine Tierrechtszeitung" 14 Uhr, AG "Auseinandersetzung über Hardline/ Frontline" 14 Uhr, "Unity of Oppression" Diskussionsveranstaltung 20.30 Uhr *(Das Mittwochsprogramm ist sozusagen ein absoluter Geheimtip, da sich beide AG s auf dem Autonomie-Kongreß Ostern in Berlin als wegweisende Veranstaltungen für die radikale Linke erwiesen!)*, 15.6. AG "TierrechtlerInnen innerhalb der linken Szene Kritik und Kontroverse"; 16.6. AG "Umgang mit Medien" 14 Uhr (Die Programmangabe ist unvollständig, es finden auch Veranstaltungen in der HWP und im neuen LIZ statt); **18.6. Autonomie-Kongreß-Nachbereitungstreffen**. Es soll an diesem Termin über das Papier der Hamburger Vorbereitungsgruppe ("das Männerpapier"), auch vor dem Hintergrund des Hamburger Frauenpapiers geredet werden. Ort und Zeit stehen noch nicht fest; **18.6. Calligary, Ninos con bombas** und eine Überraschung mit Hardcore, Latincore und Funk verwüsten die Flora, 21 Uhr.; **22.6. Konzert: Perlen vor die Säue und Whacking Day**. Erstere versuchen sich als singendes Flugblatt, letztere machen nach eigenem bekundem Rock, da alles Rock sei, was nicht Techno ist. Eine dritte Band stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest, Leoncavallo, 21 Uhr; **23.6. Repulsion** im Keller mit Techno und Industrial, 22 Uhr; **24.6. Soli-Roots-Clash.** Ab 22 Uhr dürft ihr alle für die coolste Location in Hamburg abzappeln. Die Beats werden gestellt von Irie Hifi und Crucial Vibes. Wir danken.; **30.6. Dub Club** im Keller ab 22 Uhr; **1.7. Love Tank Soundsystem** ab 22 Uhr.

2. Sonstiges

2.6. - 5.6. Antifaschistische Aktionstage gegen das faschistische Zentrum in Hetendorf (siehe dazu auch letzte Zeck). 2.6. 18 Uhr Eröffnungsrede auf dem Camp, 20 Uhr Podiumsdiskussion "Hetendorf- was tun" im Gemeindehaus Hermannsburg; 3.6. 10 Uhr Antifaschistisches Straßenfest in Hermannsburg, 15 Uhr Demo nach Hetendorf, ab 19.30 Uhr Open-Air Konzert auf dem Camp; 4.6. 10.30 Uhr Begehung des in der nähe gelegenen ehemaligen KZ´s Bergen-Belsen, zeitgleich Workshops auf dem Camp, 19.30 Uhr Open-Air Konzert auf dem Camp; 5.6. Antifa-Fußballturnier auf dem Bolzplatz Hetendorf, der sonst von den Faschisten genutzt wurde, bzw. wird, 15.30 Uhr Abschlußkundgebung. Karten für das Camp kosten 20 Mack und sind im Schwarzmarkt zu haben.

FrauenLesben Frühstück in der Chemnitzstraße 3 am 11.6. und dann jeden 2. Sonntag im Monat ab 11 Uhr

Aus dem Umfangreichen FSK-Programm im Juni : 12.6. Abschiebeknast Glasmoor. Berichte über Haftbedingungen, Widerstands- und Solidaritätsaktionen. Situation von illegalen ArbeiterInnen in Hamburg von Radio Loretta 16 Uhr auf dem Offenen Kanal 96,0 Mhz; **26.6.** Jüdinnen in Hamburg von Radio St. Paula 20 Uhr auch auf 96,0 Mhz.

3. Ständige Termine in der Flora

Cafeöffnungszeiten: Mo 17-21 Uhr, Di-Do 16-21 Uhr und bei Veranstaltungen.

Mo 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 18-20 Uhr Motorradselbsthife, 20 Uhr vegane Vokü; **Di** ab 16 Uhr Dub Cafe; 18-19.30 Uhr Sprechzeit der Veranstaltungsgruppe (u.a. Terminvergabe und Koordination von Kulturellem); **Mi** 16-19 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen, Fotoarchiv, 20 Uhr Voküessen; **Do** 16-19 Uhr Infocafe (u.a. Raumvergabe für Veranstaltungen, feste Nutzung), 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, **Sa** 11.30-15 Uhr vegetarisches Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, **So** 19.30 vegane Fokü (14-tägig)